
Das Ende des Kapitalismus?

Zu Karl Georg Zinns Buch »Der Niedergang des Profits«, Bund Verlag, Köln 1978.

Das wirtschaftspolitische Klima in der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit den ersten Anzeichen der Rezession 1975 ganz beträchtlich verändert. Nicht mehr Vollbeschäftigung ist das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern die Wiederherstellung einer möglichst hohen Geldwertstabilität. Und die Tatsache, daß es mehr als eine Million Arbeitslose gab, führte keineswegs zu einer Änderung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen, im Gegenteil: 1 Million Arbeitslose waren nicht einmal ein Hauptwahlkampfthema in der Bundestagswahl 1976, sondern die Parole »Freiheit oder Sozialismus« schlug die BRD in ihren Bann zu einer Zeit, als das ärgste Versagen der »Freiheit« seit Ende des Zweiten Weltkriegs — die Weltwirtschaftskrise — offenkundig wurde.

Dieses Klima findet seinen Ausdruck auch in der wirtschaftspolitischen Literatur dieser Jahre. Ein typischer Vertreter dieser reaktionären Tendenz ist beispielsweise der Sachverständigenrat. Im Lauf der letzten drei Jahre gab es jedoch immer mehr alternative »Gutachten« beziehungsweise Vorschläge zur Wirtschaftspolitik, die insbesondere die Rolle hoher Löhne als Nachfragefaktor im Wirtschaftskreis-

lauf, die Rolle einer expansiven Staatsausgabenpolitik und die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen betonten.

Im allgemeinen setzen sich diese »Gegengutachten« fast ausschließlich mit dem Problem der kurzfristigen Ankurbelung der Konjunktur beziehungsweise mit den diesbezüglichen Vorstellungen des Sachverständigenrats auseinander. Karl Georg Zinn hat in seinem neuen Buch »Der Niedergang des Profits« hingegen den Versuch unternommen, die Instabilität und Krisenhaftigkeit hochentwickelter kapitalistischer Gesellschaften grundsätzlich zu untersuchen.

Im Mittelpunkt der Zinnschen Überlegungen steht dabei die Frage, ob im Spätkapitalismus eine langfristige gleichgewichtige Entwicklung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung überhaupt wahrscheinlich ist. In diesem Fall müßten vier Gleichgewichte eingehalten werden: das Investitions-, das Kapazitäts-, das Verteilungs- und das Strukturgleichgewicht (S. 43). Das Investitionsgleichgewicht ist dann gegeben, wenn in einer Periode die freiwillige Ersparnis gleich hoch ist wie die Investition. Die Einhaltung des Kapazitätsgleichgewichts erfordert eine Auslastung der durch diese Investitionen neu entstehenden Kapazitäten durch eine steigende Nachfrage. Die private Investitionstätigkeit wird jedoch nicht schon dadurch angeregt, daß das Kapazitätsgleichgewicht gewahrt ist; investiert wird nur dann, wenn damit die Erreichung einer genügend hohen Rentabilität möglich erscheint, wenn also ein bestimmtes Verteilungsgleichgewicht gegeben ist. Schließlich ist auch ein Strukturgleichgewicht erforderlich, damit die Nachfragestruktur der Angebotsstruktur entspricht.

In entwickelten kapitalistischen Ländern läßt sich nun eine tendenzielle Zunahme der Sparquote feststellen. Die Gründe dafür liegen in der relativ hohen Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern, in einer

geringen Attraktivität neuer Konsumgüter und in einer gewissen Konsummüdigkeit (S. 63). Dieser langfristige Rückgang der Konsumquote bedeutet, daß Kapazitäts- und Investitions-gleichgewicht immer schwerer einzuhalten sind. Daß die Durchführung privater Investitionen von Gewinnerwartungen abhängt, erschwert die Einhaltung der ersten beiden Gleichgewichtsbedingungen zusätzlich. Denn an sich gäbe es zur Krisenbekämpfung drei Möglichkeiten, »alle drei bedeuten Umverteilungspolitik:

- a) Erhöhung der Lohnquote, um die gesamtwirtschaftliche Konsumquote anzuheben;
- b) Umverteilung innerhalb der Lohn-einkommen in Richtung Nivellierung, ebenfalls mit dem Ziel, die Konsumquote zu erhöhen;
- c) Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit, was bei unveränderter Lohnsumme erfolgen muß, also bei vollem Lohnausgleich, da ja sonst die zur Kapazitätsauslastung notwendige Konsumnachfrage nicht mehr gewährleistet werden könnte« (S. 64).

Zinn kommt also zu der Ansicht, daß »im Hinblick auf die gegebene Situation in den kapitalistischen Ländern — Überkapazität und Arbeitslosigkeit — ein Konsumanstieg notwendig (ist). Dies impliziert (sieht man von der Möglichkeit b) ab, die Zinn für weniger bedeutend hält; E. H.) eine steigende Lohnquote und damit steigende Lohn(stück)kosten. Damit dürften kaum noch Zweifel bestehen, daß nicht nur eine sinkende Gewinnquote, sondern auch eine sinkende Kapitalrentabilität unvermeidbar sind. Sinkende Gewinnquote und sinkende Kapitalrentabilität müssen somit als Nebeneffekte der gleichgewichtigen Entwicklung hingenommen werden« (S. 68). Dieser Lohnquotenanstieg führt »wegen der negativen Verteilungswirkung auf die Gewinneinkommen zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit«¹ (S. 62). Zinn schließt daraus auf »die faktische Unmöglichkeit einer sta-

bilen Entwicklung unter kapitalistischen Verhältnissen« (S. 62).

Der Kreis schließt sich: Sättigungstendenzen führen zu einer Zunahme der Sparquote, wodurch Investitions- und Kapazitätsgleichgewicht verletzt werden. Die Erhöhung der Lohnquote zwecks Zunahme einer höheren Konsumquote scheitert an der Verteilungsbedingung.

In einem nächsten Schritt untersucht Zinn verschiedene Überlebensstrategien des Kapitals. Er befürchtet insbesondere, daß sich tendenziell ein Industriefeudalismus ergeben könnte, wo es zu einer extremen Erhöhung der Konsumquote der Gewinnempfänger kommt. Auch die Ausdehnung der Rüstungsausgaben sowie die Frage, inwieweit durch Umweltschutzinvestitionen eine Stabilisierung des Systems gewährleistet werden kann, werden diskutiert.

Doch in keiner dieser systemimmanenten Alternativen sieht Zinn einen dauerhaften Weg, die Instabilitäten des Kapitalismus zu vermeiden.

Für Zinn sind damit »nur zwei Alternativen wahrscheinlich:

1. Fortdauer des üblichen Weiterkriselns der kapitalistischen Länder, wobei kleinere Zwischenbelebungen möglich sind; entweder durch fiskalpolitische Maßnahmen eingeleitet und/oder durch die krisenimmanenten Regenerationskräfte bewirkt. Es wird also gewisse empirische Fakten geben, die die Illusion nähren können, daß doch einmal wieder bessere Zeiten kommen.

2. Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse derart, daß die strikte Profitabhängigkeit der Investitionen langsam aufgelöst wird, so daß das kapitalistische Verteilungsgleichgewicht nicht mehr gewährleistet zu werden braucht; und zur Einhaltung des Strukturgleichgewichts wird eine planorientierte Wirtschaftspolitik, speziell eine strukturpolitische Einflußnahme auf die (Groß-)Investitionen realisiert. Wegen der internationalen Verflechtungen der kapitalisti-

schen Länder untereinander wird es kaum möglich sein, daß ein einzelnes Land eine autonome Krisenbekämpfung erfolgreich zu Ende führen kann« (S. 127).

In seinem letzten Kapitel »Skeptisches Resümee zur wirtschaftspolitischen Anwendung« empfiehlt Zinn neben den im Verlauf der Analyse erarbeiteten Maßnahmen — kurzfristig eine Anhebung der Lohn- und damit der Konsumquote sowie weitere Arbeitszeitverkürzung, langfristig die Sozialisierung der Investitionen und eine gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung zur Koordinierung der Kapazitäts- und Nachfrageentwicklungen — noch den verstärkten Einsatz fiskalpolitischer Instrumente. Dies vor allem aus zwei Gründen: erstens weil »auf dem heutigen Einkommensniveau der entwickelten kapitalistischen Länder . . . Nachfragerücken . . . am sichersten und schnellsten . . . durch höhere öffentliche Ausgaben (geschlossen werden können)« (S. 151); zweitens weil öffentliche Ausgaben — hier etwas zu vereinfacht gleichgesetzt mit öffentlichen Investitionen — langfristig produktiver sind als privater Konsum und auch unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten höhere Wohlfahrts-effekte aufweisen (S. 151).

Sieht man nun die Zinnschen Überlegungen in ihrem bundesrepublikanischen Kontext, so unterscheiden sie sich ganz eindeutig von den herrschenden wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Auffassungen: nicht die Löhne sind zu hoch, sondern die Profiterwartungen; Vollbeschäftigung ist nicht das Ziel, zu dem das Wirtschaftssystem automatisch tendiert und wird auch nicht erreicht durch noch so weitgehende Lohnzurückhaltung, sondern in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften wird es, ob die Löhne jetzt hoch sind oder niedrig, tendenziell immer schwieriger, ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht zu erreichen. So sehr man diesen Aussagen zustimmen kann, so wörtlich muß man bezüglich der daraus gezogenen

Schlußfolgerungen den schon zitierten Titel des dazugehörigen Kapitels nehmen: »Skeptisches Resümee.« Skeptizismus ist hier wohl angebracht. Denn Zinn versucht leider nicht, seine — im sozialistischen und keynesianischen Sinn schon fast traditionellen — Vorschläge zu problematisieren, das heißt die Schwierigkeiten und Grenzen ihrer Anwendung zu diskutieren. Insgesamt bleiben seine wirtschaftspolitischen Aussagen auf einem allzu einfachen abstrahierenden Niveau.

Betrachten wir die Vorschläge im einzelnen. Eine Erhöhung der Konsumquote könnte sicher für einige Zeit den Wirtschaftsprozeß zu einer Blüte alten Stils mit hohen Wachstumsraten bringen. Aber Anfang der siebziger Jahre, als dieser Zustand gegeben war, wurde viel diskutiert über die notwendige Begrenzung von Wachstum und Konsum. Der Grund dieser Wachstums- und Konsummüdigkeit lag einerseits in ökologischen Überlegungen, andererseits befürchtete man einen zu rapiden Verschleiß nicht ersetzbarer Ressourcen. Wenn sich auch seit Anfang der siebziger Jahre die wirtschaftliche Situation sehr verändert hat, bleiben diese Einwände gegen ein hohes Wachstum dennoch aktuell. Auch scheint Zinn hier anzunehmen, daß jede Nachfragesteigerung, egal in welchen Bereichen sie stattfindet, nur positive Folgen hat. Man hätte wohl erwarten dürfen, daß der Autor etwas über die längst bekannte Feststellung hinausgeht, daß bei einer Umverteilung nach unten die gesamtwirtschaftliche Konsumquote steigt. So wäre etwa interessant, die Frage der Beschäftigungswirkungen verschiedener Nachfragekomponenten zu untersuchen, das Problem der Sättigungstendenzen oder die Auswirkungen von Rohstoff- und Energieknappheit auf das Wachstum näher zu beleuchten. Schließlich wäre es auch sinnvoll, sich mit den langfristigen Entwicklungsperspektiven bei niedrigem Wachstum zu beschäftigen, wie es etwa Helmut Kramer in diesem Heft getan hat.²

Ein gewisses Unbehagen entsteht auch, wenn man die Forderung nach Sozialisierung der Investitionen liest — nicht weil diese Maßnahme abzulehnen ist, sondern weil sie ebenfalls in einer etwas unkritischen Abstraktheit im Raum stehen bleibt. Nach Zinn soll »über paritätische Mitbestimmung und/oder öffentliche Einflußnahme auf die privaten Investoren (erreicht werden), daß Gewinne und Fremdkapital auch dann investiert werden, wenn sich eine tendenziell sinkende Rentabilität einstellt« (S. 154). Weitergehende Aussagen finden sich zu diesem Problem nur insofern, als Zinn die Meinung vertritt, daß »Großunternehmen . . . sich unter Lenkungsaspekten in ihrem Investitionsverhalten leichter beeinflussen (lassen) als kleine Betriebe« (S. 98).

Konkret scheint dieser Vorschlag kaum vorstellbar: Großunternehmen sollen also in privatem Eigentum bleiben, investiert wird jedoch mehr oder minder unter öffentlicher/staatlicher Kontrolle, ohne daß auf Profiterwartungen Rücksicht genommen wird. Aber nach welchen Kriterien werden Investitionen vorgenommen? Wie wird die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmen überprüft? Wie werden Probleme der internationalen Konkurrenz gelöst? Dies alles sind Fragen, die in einem Buch mit dem Titel »Der Niedergang des Profits« zumindest angeschnitten hätten werden müssen; ebenso wenig kann man sich ausschweigen über den zu erwartenden Widerstand der Privateigentümer.

Zinn spricht zwar nicht von Verstaatlichungen, sondern von Sozialisierung der Investitionen, ohne daß der Unterschied ganz klar wird, denn investiert werden soll ja vor allem bei sinkender oder bei Nullrentabilität, wozu man die Unternehmen wohl zwingen müßte. Wenn beide Begriffe also (fast) das gleiche bedeuten, so sind sie für die BRD und wohl auch für Österreich — was weitere Verstaatlichungen anlangt — politisch

derzeit nicht durchführbar. Sehr wohl aber könnte in beiden Ländern ein System der Beeinflussung von Investitionen insofern entwickelt werden, als Anreize beziehungsweise Strafbestimmungen entweder über das Steuersystem (etwa nach dem Muster der schwedischen Investitionsfonds³) oder über direkte Förderung entwickelt werden. Hier sollte jedoch angemerkt werden, daß die österreichischen Erfahrungen nicht gerade für die indirekte Lösung sprechen.⁴ Auch hier wäre natürlich zu klären, wie weit sich dadurch Großunternehmen und Multis »kaufen« lassen; wie sehr also eine antizyklische Konjunktursteuerung dadurch möglich ist. Grundsätzlich sind auch andere direkte und indirekte Steuerungsinstrumente vorstellbar, die allesamt viel größere Realisierungschancen haben, jedenfalls verglichen mit dem Vorschlag, die Investitionen zu sozialisieren. An den Autor muß daher die Frage gerichtet werden, warum er bei dem Vorhaben »Sozialisierung« mit dem Dach beginnen möchte statt mit dem Fundament.

Wenn auch gegenüber den wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Autors doch zum Teil gewisse Vorbehalte anzumelden sind, so könnte dieses Buch doch die Diskussion in der BRD in eine neue Richtung lenken: daß nämlich bei geringen Wachstumsraten und steigender Sparquote die kapitalistische Wirtschaftsordnung in ihrer gegenwärtigen Ausprägung der parlamentarischen Demokratie gefährdet ist, ohne daß eine echte Alternative einer demokratischen, sozialistischen Wirtschaftsform gegeben ist. Vielleicht könnte durch die Erinnerung an die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus der Glaube an die Hauptthese des Sachverständigenrats, daß uns vom goldenen Zeitalter nur noch die Maßlosigkeit der Arbeiter und Angestellten trennt, ein bißchen erschüttert werden. Damit wäre schon viel erreicht.

Erich Haas

ANMERKUNGEN

- 1 Kreislauftheoretisch ist dies keineswegs schlüssig; da aber das Schwergewicht des Buches nach Meinung des Rezensenten bei der Erarbeitung wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen liegt, wird auf eine Diskussion dieser Frage hier verzichtet.
- 2 Helmut Kramer, *Wirtschaftliche Strukturen Österreichs bei langsamerem Wirtschaftswachstum*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft« 4/78.
- 3 Volker Helms, *Investitionsfonds und Lenkung privater Investitionen*, Darmstadt 1976.
- 4 Ferdinand Lacina, *Ausbau oder Umbau der steuerlichen Investitionsförderung*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft 3/76.